

18. Wahlperiode

## Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Iris Spranger (SPD)**

vom 12. Februar 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 18. Februar 2020)

zum Thema:

**Zum Schutz von Straßenbäumen bei Straßensanierungsarbeiten**

und **Antwort** vom 03. März 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 10. März 2020)

Senatsverwaltung für  
Umwelt, Verkehr und Klimaschutz

Frau Abgeordnete Iris Spranger (SPD)  
über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin  
über Senatskanzlei - G Sen -

**A n t w o r t**  
**auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/22 680**  
**vom 12. Februar 2020**  
**über**  
**Zum Schutz von Straßenbäumen bei Straßensanierungsarbeiten**

---

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Verwaltung:

Die Schriftliche Anfrage betrifft Sachverhalte, die der Senat nicht aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl bemüht, Ihnen eine Antwort auf Ihre Anfrage zukommen zu lassen und hat daher das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf (BA Marzahn-Hellersdorf) um Stellungnahme gebeten, die von dort in eigener Verantwortung erstellt und dem Senat übermittelt wurde. Sie wird in der Antwort an den entsprechend gekennzeichneten Stellen wiedergegeben.

Frage 1:

Warum wurde in der BA-Vorlage nicht mehr von Elementen der Entschleunigung gesprochen?

Antwort zu 1:

Hierzu antwortet das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf:

„Der BA-Beschluss beinhaltet Elemente der Entschleunigung in der Beantwortung zu Punkt 1, „dass die seitlich parkenden Fahrzeuge zur Entschleunigung des Verkehrs beitragen.“

Frage 2:

Warum wurden die Bitten der Anwohnerinnen und Anwohner nach einer Tempo-30-Zone in der Lemkestraße nicht aufgenommen?

Antwort zu 2:

Hierzu antwortet das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf:

„Die Bitte der Anwohnerinnen und Anwohner wurde in der Beantwortung zu Punkt 1 aufgenommen: „Die Lemkestraße ist Bestandteil des StEP<sup>1</sup>-Ergänzungsnetzes 4 und für Dauermaßnahmen wie Geschwindigkeitsbegrenzungen ist das Integrative Verkehrsmanagement (Abteilung VI der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz; ehemals Verkehrslenkung Berlin) zuständig. Durch das Bezirksamt wird beim Integrativen Verkehrsmanagement beantragt, dass nach Abschluss der Baumaßnahmen, die im Moment bestehenden Geschwindigkeitsbegrenzungen auch wieder angeordnet werden.“ Dies betrifft auch die Tempo-30-Zone.“

Der Verkehrslenkung Berlin, die für die Anordnung der Geschwindigkeitsregelung im Ergänzungsnetz zuständig ist, liegt aktuell kein Antrag auf eine Einzelausweisung für Tempo 30 vor, so dass hier noch keine Beurteilung erfolgen konnte.

Frage 3:

Warum wurden keine Aussagen getroffen, ob in den 120 Bäumen auch alte und vitale Bäume aufgenommen wurden und warum wurde bisher keine Einzelfallprüfung, laut Baumgutachten durchgeführt?

Antwort zu 3:

Hierzu antwortet das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf:

„Während der Baumaßnahme wird eine ökologische Baubegleitung gewährleistet, um für Bäume mit guter Vitalität zu prüfen, ob der Erhalt möglich ist.“

Frage 4:

Wie wird für den Schutz der Bäume während der Bauphase gesorgt?

Antwort zu 4:

Hierzu antwortet das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf:

„Zum Schutz wird um die Bäume, deren Erhalt möglich ist, ein baufreies Feld angelegt, in dem keine Maßnahmen stattfinden werden.“

Frage 5:

Warum wurde für die bisher 19 gefälltten Bäumen kein Ersatz im Verhältnis 1:3 aufgeführt?

Antwort zu 5:

Hierzu antwortet das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf:

„Bisher wurden 8 Bäume gefällt, deren Ersatz wird bei den Nachpflanzungen berücksichtigt.“

---

<sup>1</sup> Stadtentwicklungsplan

Frage 6:

Warum ist vom vollständigen Erhalt des historischen Pflasters oder einer Prüfung, unter Berücksichtigung des Lärmschutzes, keine Rede?

Antwort zu 6:

Hierzu antwortet das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf:

„Die BVV<sup>2</sup> Ds-Nr. 1073 / VIII ersucht das Bezirksamt unter Nr. 3 als freiwillige Leistung, da kein Denkmalschutz für das Kopfsteinpflaster besteht, eine alternative Planung für die Sanierung der Lemkestraße zu verfolgen, die sowohl dem Lärmschutz als auch dem Wunsch nach dem Erhalt des Pflasters gerecht wird.

Eine alternative Planung erfolgte in mehreren Varianten. Diese Varianten wurden den Anwohnenden auf der Einwohnerversammlung vom 17. Oktober 2018 dargestellt, dabei auch die Möglichkeit des Großpflasters und dessen Folgen für die Lärmemission, verständigt wurde sich auf der Veranstaltung auf die Variante 3a, als Skizze dem BA-Beschluss beigelegt.

Wie im BA-Beschluss zu Punkt 3 beantwortet, werden als Reminiszenz an das Kopfsteinpflaster die Parktaschen, die Zufahrten zu den Grundstücken zwischen Straße und Gehweg sowie die Ausbildungen der Regenwasserableitung im Randbereich der Straße mit Pflaster gestaltet.“

Frage 7:

Warum wird jetzt von „barrierearm“, anstatt von „barrierefrei“ gesprochen?

Antwort zu 7:

Hierzu antwortet das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf:

„Der Erhalt von bestehenden Bäumen geht mit der Anlegung eines baufreien Feldes einher, in dem keine Maßnahmen stattfinden, so dass an dieser Stelle Barrierefreiheit nicht gegeben sein wird.“

Frage 8:

Warum ist die Gehwegbreite anstatt auf 2,5 m (Verkehrssicherheitsrat) jetzt auf 1,54 m beschränkt?

Antwort zu 8:

Hierzu antwortet das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf:

„Die Gehwegbreite wird, wie im BA-Beschluss genannt, nicht auf 1,54 m sondern auf mindestens 1,57 m verbreitert. Das passiert an den Stellen, an denen eine vergrößerte Baumscheibe für die Neupflanzung von Bäumen erforderlich ist, so wie es die von den Bürgerinnen und Bürgern mehrheitlich ausgewählte Variante 3a vorsieht. Ebenso passiert das an jenen Bäumen, deren Erhalt möglich ist.“

---

<sup>2</sup> Bezirksverordnetenversammlung

Frage 9:

Warum werden die von den Bürgern geforderten Radwege nicht erwähnt?

Antwort zu 9:

Hierzu antwortet das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf:

„In Beantwortung zu Punkt 4 des BA-Beschlusses wurde folgendermaßen auf die Radwege eingegangen: „In Abstimmung mit den Anwohnern wurden auch verschiedene Möglichkeiten zur Radverkehrsführung besprochen und sich für die Radverkehrsführung auf der Straße ausgesprochen.““

Frage 10:

Warum wurde bei der Ausweitung der Buslinie 395 keine Berücksichtigung der Baumaßnahmen Landsberger Straße erwähnt?

Antwort zu 10:

Hierzu antwortet das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf:

„Derzeit liegen keine Kenntnisse zur Ausweitung der Buslinie 395 vor. Eine Baumaßnahme auf der Landsberger Straße hat das SGA<sup>3</sup> Marzahn-Hellersdorf in absehbarer Zeit nicht geplant. Ob Maßnahmen der BWB<sup>4</sup> oder anderer Leitungsträger in absehbarer Zeit stattfinden, kann nach jetzigem Planungsstand nicht eingeschätzt werden.“

Frage 11:

Warum wurde nur die Einwohnerversammlung vom 10.09.2019 erwähnt und nicht die davor stattgefundene?

Antwort zu 11:

Hierzu antwortet das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf:

„Am 10. September 2018 fand eine Einwohnerversammlung statt, eine Anwohnerversammlung fand am 17. Oktober 2018 statt, beide Veranstaltungen werden unter dem Punkt „Transparentes und offenes Bürgerbeteiligungsverfahren“ erwähnt.“

Frage 12:

Wie bewertet der zuständige Senat die Umsetzung der DS 1073/VIII vor dem Hintergrund der oben aufgeführten Nachfragen?

Antwort zu 12:

Eine Bewertung von Drucksachen der BVV insbesondere zur Auswertung und Berücksichtigung von Bürgeranfragen bei Straßenbauvorhaben liegt nicht in der

---

<sup>3</sup> Straßen- und Grünflächenamt

<sup>4</sup> Berliner Wasserbetriebe

Zuständigkeit der Hauptverwaltung. Es gibt hier keine Fachaufsicht der Hauptverwaltung über das bezirkliche Handeln.

Eine Relevanz bestünde, wenn Planungsvorgaben bzgl. der Funktion der Straße nicht eingehalten werden. Dies ist hier aber nicht der Fall.

Frage 13:

Wie bewertet der Senat generell die Erhaltung von vitalen Straßenbäumen bei Straßensanierungsarbeiten und gibt es dafür Vorschriften oder Standards? Falls ja, welche?

Antwort zu 13:

Bei jedem Vorhaben gilt das Bemühen, vitale Bäume zu erhalten. Wenn die Flächenverfügbarkeit begrenzt ist und die Straße nicht nach den geltenden Vorschriften (Berliner Straßengesetz einschl. diverser Ausführungsvorschriften, Mobilitätsgesetz, Naturschutzrecht etc.) hergestellt werden kann, ist ein Abwägungsprozess notwendig. Im Ergebnis gibt es eine planerische Entscheidung, welche Bestandteile der Straße minimiert bzw. verzichtbar sind, ohne die Funktion und die Verkehrssicherheit der Verkehrsanlage für alle Verkehrsteilnehmer in Frage zu stellen. Bei Sichtbehinderungen beispielsweise, die zu Konflikten und schlimmstenfalls zu Unfällen führen, sind Baumfällungen häufig nicht zu vermeiden.

Frage 14:

Wie bewertet der Senat die Erhaltung von historischem Pflaster und historischen Stadt- und Dorfplätzen bei Straßensanierungen?

Antwort zu 14:

Der Erhalt wäre von der städtebaulichen Einordnung und dem Charakter als schützenswertes Ensemble abhängig. Im vorliegenden Fall ist ein solcher Zusammenhang nicht erkennbar. Neben den Lärmauswirkungen für die Anwohner ist der Erhalt des bestehenden Pflasters für eine Radverkehrsführung und Linienbusverkehr aus verkehrsplanerischer Sicht nicht zu empfehlen.

Frage15:

Wie bewertet der Senat die Zusammenarbeit von Bezirken und Land bei der städtebaulichen Weiterentwicklung von Stadtquartieren und Kiezen?

Antwort zu 15:

Diese Zusammenarbeit ist bei der Betroffenheit gesamtstädtischer Belange und der Berücksichtigung gesamtstädtischer Planwerke notwendig und wichtig.

Der Hintergrund der Anfrage ist hier im Zusammenhang mit der regulären Erneuerung und Straßensanierung der Lemkestraße auch entsprechend ihrer Verkehrsfunktion nicht erkennbar.

Berlin, den 03.03.2020

In Vertretung

**S t r e e s e**

Senatsverwaltung für  
Umwelt, Verkehr und Klimaschutz

### Vorlage zur Kenntnisnahme

für die Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung am 23.01.2020

1. Gegenstand der Vorlage: Abschlussinformation zum Ersuchen der BVV, Ds-Nr. 1073/VIII aus der 28. BVV vom 13.12.2018

Schlussfolgerungen aus der Bürgerversammlung zur Sanierung der Lemkestraße ziehen

2. Die BVV wird um Kenntnisnahme gebeten:

Das Bezirksamt wurde ersucht, folgende Punkte bei der Sanierung der Lemkestraße zu berücksichtigen, die Planung entsprechend anzupassen und ein transparentes und offenes Bürgerbeteiligungsverfahren durchzuführen.

1. Verkehrssicherheit an der Lemkestraße sicherstellen  
Infolge der Sanierung der Lemkestraße soll die Geschwindigkeitsbegrenzung in der Straße weiterhin erhalten bleiben. Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich gegenüber dem Senat für eine Beibehaltung einer Tempo 30-Zone sowie einer Tonnenbeschränkung einzusetzen. Bauliche Elemente zur Geschwindigkeitsreduktion entlang der Lemkestraße sind zu prüfen. Parkmöglichkeiten sollen zur Entschleunigung des Verkehrs erhalten bleiben.

2. Erhalt möglichst vieler Straßenbäume  
Das Bezirksamt wird ersucht, im Zuge der Planungen für die Sanierung der Lemkestraße darauf hinzuwirken, dass möglichst viele Straßenbäume erhalten bleiben und eine Fällung nur bei kranken Bäumen durchgeführt wird. Neuanpflanzungen sollten im Verhältnis 3:1 zum jetzigen Baumbestand bestehen.

3. Erhalt des historischen Straßenbildes mit Kopfsteinpflaster  
Das Bezirksamt wird ersucht, als freiwillige Leistung, da kein Denkmalschutz für das Kopfsteinpflaster besteht, eine alternative Planung für die Sanierung der Lemkestraße zu verfolgen, die sowohl dem Lärmschutz als auch dem Wunsch nach dem Erhalt des Pflasters gerecht wird.

4. Schaffung von barrierefreien Gehwegen und Radwegen  
Die Gehwege an der Lemkestraße sind zu sanieren und an das erforderliche Maß zur Begegnung von Fußgängerinnen und Fußgängern anzupassen. Die vollständige Barrierefreiheit ist zu gewährleisten. Durchgängige, sichere Radwege sind herzustellen.

5. Ausbau des Bus-Verkehrs  
Die steigenden Bedarfe für den öffentlichen Personennahverkehr sind bei den Planungen zu berücksichtigen. Dem Bezirksamt wird empfohlen, mit der BVG unter Beteiligung der Anwohnerinnen und Anwohner die Linienführung der Bus-Linie 395 zu

Zu Punkt 5:

Ausbau des Bus-Verkehrs

In der Anwohnerversammlung vom 17.10.2018 wurde auch die Busführung mit den Anwohnenden diskutiert und diese sprachen sich dafür aus, den Bus 395 wie bisher in der Lemkestraße fahren zu lassen. Weiterhin wird mit der BVG regelmäßig der steigende Bedarf an ÖPNV besprochen und dies natürlich auch in Bezug auf den Bus 395.

Transparentes und offenes Bürgerbeteiligungsverfahren:

Das Bezirksamt hat bereits die im Rahmen der Einwohnerversammlung der BVV vom 10. September 2018 eingebrachten Hinweise aufgenommen und auf deren Basis mehrere Gestaltungsvarianten für die Sanierungsmaßnahme Lemkestraße entwickelt. Diese wurden im Rahmen einer Anwohnerversammlung, zu der alle unmittelbaren Anlieger der Lemkestraße eingeladen waren, am 17. Oktober 2018 vorgestellt. Nach umfänglicher Information zu den Voraussetzungen und Varianten sowie offener Diskussion sprach sich die Anwohnerversammlung mehrheitlich für die Umsetzung der Sanierung auf Grundlage der in der Anlage 1(Lageplan und Querprofil Lemkestraße – Variante 3a) dargestellten Festlegungen aus.

Juliane Witt  
Bezirksstadträtin für Weiterbildung,  
Kultur, Soziales und Facility Management  
für die Bezirksbürgermeisterin

N. Zivkovic  
Bezirksstadträtin für Wirtschaft,  
Straßen und Grünflächen

Anlage

# Lageplan und Querprofil Lemkestraße – Variante 3a

(Die abgebildeten Bäume sind ausschließlich beispielhaft und stellen nicht die tatsächlich vorgesehene Baumart dar)

